

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1919

336 (23.7.1919) Abendausgabe

Badische Presse

General-Anzeiger für Karlsruhe und das badische Land.
Weitans größte Bezahlerzahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.

Redaktion
Telef. Nr. 300.

Giechum und Berlin von
Herrn Biergarten.
Chefredakteur: Albert Gersch.
Berichterstatter für alle am. Politik n.
Berichterstatter für alle am. Politik n.
Berichterstatter für alle am. Politik n.

Anzeigen: Die Post, Postamt
Seite 30. Die Reklamenseite 1.30.
Die Reklamenseite 1.30.
Die Reklamenseite 1.30.
Die Reklamenseite 1.30.

Verlags-Briefe:
Ausgabe A (ohne Illustr.)
Ausgabe B (mit Illustr.)
Verlag: Im Verlage und in
den Reichsteilen abgeholt monatlich
2.10, frei ins Haus geliefert 2.20.
Ausgabe A: bei Abholung am Post-
amt 1.10, durch den Brief-
träger täglich 2 mal ins Haus 2.11
Ausgabe B: bei Abholung am Post-
amt 2.08, durch den Brief-
träger täglich 2 mal ins Haus 2.52.
Einzel-Nummer 10 Pf.

Geschäftsstelle:
Str. 10, Karlsruher-Str. 10, Karlsruher-Str. 10.
Telef. Nr. 88.

Nr. 336.

Karlsruhe, Mittwoch den 23. Juli 1919.

35. Jahrgang.

Finanzminister Dr. Wirth über die Reichssteuerpläne.

Karlsruhe, 23. Juli. In seiner in der gestrigen Sitzung des Landtags gehaltenen großen Finanzrede — die wir bereits in kurzem Auszug veröffentlicht haben, führte Finanzminister Dr. Wirth des längeren aus:
Eine lebhafteste Beunruhigung hat sich unseres Volkes nicht nur in Baden, sondern im ganzen deutschen Süden bemächtigt. Ich sehe dies aus den Stimmen der verschiedenen Haushaltsausschüsse, aber auch aus den zahlreichen Zuschriften, die letzter Tage an mich gelangt. Auch die Städte haben sich mit der Frage beschäftigt und es ist bereits eine Antwort der Städte veröffentlicht worden, die schon einen Teil der Antwort enthält, die auch ich vom Standpunkt der Regierung empfehlen kann. Sie sehen aus der bekannten Erklärung, daß die Gemeinden von ähnlichen Besorgnissen getrieben sind, wie wir und die gesamte Bevölkerung. Wir dürfen nicht ver-
kennen — und daraus erklären sich die Besorgnisse —, daß die Kriegswirtschaft und besonders die Zentralisation derselben in Berlin und ihre Auswirkung die Stimmung gegen eine Maßnahme wie sie das Reichsfinanzministerium plant, sehr beeinträchtigt haben (Sehr gut im Zentrum). Nach fünfjähriger Kriegszeit, wo diese Zentralisation die Vermögensverhältnisse, ist es für den Reichsgehalt eine schwere Belastung, wenn man in verhältnismäßig kurzer Zeit zur reichs-eigenen Steuerverwaltung übergehen will. Dieser Stimmung muß Rechnung getragen werden, weil nichts von größerer Wichtigkeit für die politische Entwicklung ist, als dieses Vorhaben, die Steuererhebung und Verwaltung in die Hand des Reichs zu legen.

Drei Punkte sind zu unterscheiden: Die Notwendigkeit der Reichseinkommensteuer, die Vereinfachung der Steuerverwaltung, die Reichskontrolle über die Steuern und deren Erhebung und die reichs-eigene Steuerverwaltung. Auch wird eine Verlage an die Reichsnationalversammlung ergehen, die sich zusammenfassen läßt in: Einheitliche Reichsabgabebestimmung, die der Verwaltung für das ganze Reich den Stempel aufdrücken wird.
Die Hauptfrage bei dem Problem ist, daß die Steuern im ganzen Reich durch dazu vorgeschickte Beamte und eigens dazu angeordnete Beamte einheitlich veranlagt werden. In Baden und Württemberg müßten wir eigentlich, wenn die Reichssteuerverwaltung kommt, nur die Schalter ändern, da wir eine steuerliche Entwicklung hinter uns haben, an deren Anfang erst Preußen in einer Reihe von Provinzen steht. Es ist nicht gleichgültig, ob wir im Süden die Reichsfinanzverwaltung durch einen tatsächlichen Uebergang unserer hochentwickelten Steuerverwaltung bekommen oder ob in Preußen noch lange gewartet werden müßte bis die dortige Entwicklung unseren Stand erreichen könnte.

Die Frage, ob wir von unserem Standpunkt aus dem Gedanken einer Reichseinkommensteuer uns geneigt zeigen sollen, beantwortet ich mit ja. Im Hinblick auf den ungeheuren Finanzbedarf des Reiches ist sie unvermeidlich. Durch die sogenannten direkten Steuern kann der Finanzbedarf des Reiches nicht gedeckt werden; indirekte Steuern sind notwendig. Es ist aber das Problem nicht lösbar, wenn nicht gleichzeitig von der Reichsnationalversammlung die Reichseinkommensteuer auf eine solche Höhe gebracht wird, daß die notwendigen indirekten Steuern erträglich erscheinen. Ein anderer Grund ist der, daß wenn jeder Bundesstaat für sich die nach der Reichseinkommensteuer erforderlichen Beiträge aufbringen wollte, es wieder Bundesstaaten geben wird, die eine Art Steuerlose zu bilden suchen. Es geht aber nicht mehr an, daß man an verschiedenen Orten des Reiches verschieden stark zur Steuer herangezogen wird.
Wenn auch über die einheitliche Veranlagung und über das Prinzip einer Reichseinkommensteuer große Meinungsverschiedenheiten nicht mehr bestehen können, so wird man sich anders verhalten zu der Frage, ob die Reichseinkommensteuer auch vom Reich zu erheben ist. Die Staatsregierung ist der Meinung, daß es noch nicht notwendig ist, diesen letzten Schritt zu tun, sondern daß förmliche Reichssteuer von den Bundesstaaten nach einheitlichen Prinzipien verwaltet und erhoben werden können, wie es bisher in den süddeutschen Staaten der Fall gewesen ist, abgesehen die Sozialdemokratie im Haushaltsauschuss weitergehende Forderungen gestellt hat, sprach sie sich doch dagegen aus, daß Baden schon am 1. Oktober die Reichssteuerverwaltung übernehmen könne, ohne daß die Steuerverhältnisse in Preußen unter Reichskontrolle soweit entwickelt wären wie sie in Baden sind.

Wir sind bereit die Reichskontrolle über alle Steuern, auch unsere eigenen im gewissen Sinne auf uns zu nehmen, obwohl sie die Selbständigkeit der Bundesstaaten wird beeinflussen können und wegen des Beamtenapparates Kosten verursachen wird. Sie ist notwendig, um das in Preußen durchgeführte, was wir im Interesse der süddeutschen Steuerzahler durchgeführt wissen wollen. Der Reichsfinanzminister möchte aus Süddeutschland die nötigen Steuerbeamten nach Preußen ziehen, um dort die Steuerverwaltung nach süddeutschen Grundsätzen durchzuführen. Einen ähnlichen Vorgang sollte auch Baden durchführen. Man kann daran denken, daß ebenfalls bei der Reichskontrolle auch Reichsbeamte nur in größerer Zahl und mit größerer Befugnisse als Kontrollbeamte in die Bundesstaaten entsandt werden. Der Weg der Kontrolle ließe sich mindestens für einige Jahre weiter führen. Ehe nicht die Not so gewaltig gesteigert ist, daß der letzte verwaltungsrechtliche Schritt getan werden muß, sollte diese Befugnis der Stimmung nicht vorgenommen werden. Fraglich ist auch, ob Beamte die von Norden nach Süden kommen, bei uns erprobte Beträge herauswirtschaften, ferner ob eine Reichssteuerverwaltung billiger arbeiten wird. Beide Fragen können wohl verneint werden.

Wir stehen vor einer grundlegenden Reform der Einkommensteuer überhaupt. Nach Auffassung der Reichsnationalversammlung will man in Zukunft trennen zwischen dem Einkommen das auf der Arbeit beruht und dem Einkommen, das auf dem Kapital beruht. Es ist beabsichtigt, eine Kapitalertragsteuer von etwa 30% dem Reich zuzuführen, was eine ungeheure Verbelastung des Einkommens bedeuten würde — wegen der Kriegsanleihe auch den kleinen Arbeitseinkommens völlig neu aufgebaut werden.
Sie werden auch fragen: Was bleibt denn den Bundesstaaten und was den Gemeinden vorbehalten?
Der Reichsfinanzminister führte in Weimar darüber aus:
Der Reich allein müssen vorbehalten bleiben die Bölle, die Verbrauchssteuer und die große Vermögensabgabe. Zwischen Reich und

Mitgliedstaaten geteilt werden soll das Einkommen aus der Erbschaftssteuer, der Reichseinkommensteuer, den Stempelabgaben und die große Umsatzsteuer. Freilassen werde das Reich die gesamten Erbschaftsteuern, die Gebühren, die Vermögenssteuer und alle örtlichen Abgaben, soweit solche erhoben werden könnten. Was fehlt für uns bei der zukünftigen Entwicklung des Reichs und der Bundesstaaten? Nach diesen Ausführungen ist der bewegliche Faktor in unserem eigenen Haushalt. Wir müßten zurückgehen zu den Ertragssteuern. Eine andere Möglichkeit, einen beweglichen Faktor zu schaffen, gibt es nicht. Es bliebe uns die Vermögenssteuer, deren Entwurf der Nationalversammlung in Weimar bereits vorliegt. Sollte dieser im Hinblick auf die Notwendigkeit der Reichseinkommensteuer nicht zur Durchführung kommen, so würden wir ihn in Baden sofort aufnehmen.

In der Finanzministerkonferenz in Weimar habe ich unsere Lage eingehend dargelegt und darauf verwiesen, daß die Pläne des Reichs die Fortentwicklung der Ausgaben der Bundesstaaten und der Gemeinden und den Zwang zur Sparpolitik unter die Diktatur des Reichs bedeuten. Ich kann mir den Reichsfinanzminister schwer vorstellen, der die Bundesstaaten kontrollieren will, noch weniger den Finanzminister der Bundesstaaten, der den Gemeinden ihre Ausgaben vorschreiben könnte. Der Zwang zur Sparpolitik muß selbstverständlich verwirklicht werden. Wenn wir heute mit unseren badischen Steuern mehr verlangen, als das tatsächliche Defizit ergibt, wird uns dies ermöglichen, unsere Verrechnung doch vielleicht noch 1 1/2 Jahre so weiter zu führen, daß wir sagen können wir können noch bestehen. Aber wie die Gemeinden nachher leben sollen, ist mir völlig unerwünscht.
Der Ablehnung der Reichsdotationen an die Bundesstaaten für Kulturaufgaben durch die Finanzminister kann ich mich nicht anschließen. Zur Erhaltung der Universitäten z. B. könnten Dotationen gegeben werden. Wir leisten in Baden mehr als unserem kleinen Land vielleicht in der Zukunft zuträglich ist. Mein Denken wird in die Entwicklung der Naturwissenschaften, der Chemie usw., so können sie sich eine Erfüllung des Friedensvertrags ohne die Mitwirkung der chemischen Industrie bei der chemischen Wissenschaft nicht denken.

Noch weniger über einige vielleicht minder wichtige Fragen. Der Bedarf des Reichs muß alles beherrschen. Er ist mit dem Bedarf der Bundesstaaten und der Gemeinden auf a n ä h e r n d 2 5 M i l l i a r d e n z u s c h ä t z e n . Die Unsicherheit über die Forderungen der Feinde verschärft die Lage; es können zu den 25 Milliarden eigenen Bedarfs schließlich noch die Milliarden kommen, die Deutschland als Entschädigung und Wiedergutmachung im Laufe von 30 Jahren aufzubringen hat. Von dem festen Willen erfüllt

den Friedensvertrag wenigstens erfüllen zu wollen, müssen wir große Opfer bringen. Solche sind die Kontrolle des Reichs und die Reichseinkommensteuer. Der Reichsfinanzminister, der wegen seiner, wie man leider sagt, Geschäftigkeit angegriffen wird, hat bereits eine Aussprache mit Professoren der Hochschulen über Richtlinien für die zukünftige Ausbildung der Finanzbeamten herbeigeführt. Sie sehen, daß er die Sache am richtigen Zipfel anfängt. Der Landtag muß an das Problem der Staatsvereinfachung und -vereinfachung herangehen (Sehr gut im Zentrum). Der Abgeordnete Dr. Glöckner hat Unrecht, wenn er meint, daß in der Finanzverwaltung durch Stellen- und Uebernahme gepart werden könnte. Ich bin der Auffassung, daß wir uns zu wenig Finanzbeamte herangezogen haben. Wir könnten vielleicht Millionen herauswirtschaften, wenn unsere Beamenschaft zahlreicher dastände. Dazu kommt die Zurücksetzung der 65 Jahre alten Beamten. In den nächsten Jahren ist der Ausbau der Finanz- und Steuerverwaltung eine Lebensnotwendigkeit.
Die neuen großen Steuern des Reichs sind unvermeidbar. Es ist meine politische Überzeugung, daß die kapitalistischen Kreise nicht nur mit dem Einkommen, sondern auch mit dem Vermögen uns helfen müssen, die Not des Krieges zu überwinden. Es ginge zu weit, wenn ich die badischen Steuerordnungen als ein Mittel auf Handel und Industrie bezeichnet würde. Dann gibt es kein Wort mehr, das Verbrechen des Reichs zu lennen, wenn es keine Steuern diesen Kreisen auferlegt. Ich habe in Weimar verlangt, daß im Hinblick auf die kommenden Steuern die stärksten Maßnahmen gegen die Steuerflucht, gegen die Kapitalflucht, besonders nach dem Ausland ergriffen werden müssen. Es ist zugestanden worden, daß man versuchen will, bei der Nationalversammlung eine Ermächtigung zu erwirken, wie auf wirtschaftlichem Gebiet zu Beginn des Krieges. Die Notenabstempelung muß durchgeführt, eine Art Registrierung sämtlicher Wertpapiere vorgenommen werden.

Wir haben in Weimar verlangt, daß die Frage der Reichssteuerverwaltung, der Reichseinkommensteuer in der breitesten Öffentlichkeit erörtert werde. Wir haben jetzt nicht mehr die Politik des Versteckspiels zu treiben; unser Volk muß das klare, wenn auch bittere Wasser der Wahrheit endlich trinken lernen. Es muß gebrochen werden mit dem Gedanken, als ob wir weiter wirtschaften könnten, wie im Kriege mit unserer großen Politik, die die Wirklichkeit nicht sehen wollte. Wir sehen der Aufgabe klar ins Auge, das Ziel ist erkannt, dann muß sich ein, wenn auch dornenvoller Weg finden, schließlich zu einer Lösung der gigantischen Aufgaben zu kommen. Auch persönliche Opfer müssen gebracht werden, um das große Werk der finanziellen, der wirtschaftlichen, der kulturellen Rettung des deutschen Volkes durchzuführen.

Die großen politischen Erklärungen in der Nationalversammlung.

WEIMAR, 23. Juli. Am Regierungstisch Bauer, Müller, Noske, Erzberger, Schmidt, Schilde.
Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10.20 Uhr. Einziger Beratungsgegenstand der Tagesordnung ist die Entgegennahme der

Erklärung der Reichsregierung.

Ministerpräsident Bauer:
Meine Damen und Herren! Sie haben vor 14 Tagen unter dem Zwang der Weltlage den Friedensvertrag ratifiziert. Damit ist eine Epoche abgeschlossen, die den gewaltigen Aufstieg Deutschlands und seinen tragischen Zusammenbruch umfaßte. Auch diejenigen, die im alten Reich in der stärksten Opposition standen, haben in diesem Augenblick von manchem Abschied nehmen müssen, was ihnen teuer und wert gewesen ist. Aber das Leben geht weiter.
Arbeit an der

Erfüllung des Vertrages und Wiederaufbau

unseres zusammengebrochenen Volkes, unserer zerrütteten Wirtschaft, unserer schwergeprüften sittlichen Bewußtseins, all das muß mit den gleichen Mitteln auf dem gleichen Boden geleistet werden. Für das deutsche Volk gäbe es keine Entschuldigung und keine Ausflüchte, wenn es dieser Arbeit nicht gerecht würde.
Ich verzichte darauf, die demokratischen Errungenschaften der letzten 8 Monate aufzuzählen. Kein anderes Volk kann sich solch reiner Demokratie rühmen. Ganz sicher ist noch das Eine oder das Andere zu tun und zu bessern. Ich erinnere nur an die grundlegenden

Umgestaltung unseres Strafrechts

und unseres bürgerlichen Rechts, die bereits in vollem Gange ist und die Demokratisierung unserer Rechtsprechung bringen wird. Aber wenn es wirklich noch da und dort fehlt, so ist es nicht ein Fehlen von Rechten des Volkes, sondern vielmehr ein Fehlen von Fähigkeiten, diese Rechte in vollem Umfange auszuüben. Damit bin ich wieder bei der Zukunft und ihren Aufgaben. Wir müssen die Kräfte im Volk schaffen und ausbilden, welche die Demokratie, so weit sie noch auf dem Papier steht, ins Leben übertragen. Dies schaffen und ausbilden muß da anfangen, wo der wahre Mensch selbst anfängt, in der Schule, in der Erziehung. Wir müssen die Waffen der Bildung und der Kenntnisse an das ganze Volk verteilen, das ist die einzige Bewaffnung des Proletariats, die uns den Sieg für unser ganzes Volk verbürgt. Mit Gewaltsmitteln ist keine Entwicklung zu fördern. Jedes Handwerk fehlt seine Lehrtätigkeit, und das Regieren erst recht, obwohl Demagogen dem Volk heute vorreden wollen, dies verantwortungsvolle Handwerk lerne sich in ein paar Volksversammlungen und mit ein paar Resolutionen. Wir müssen wieder Respekt vor Sachkenntnis und Erfahrung bekommen, wir müssen jedem Befähigten die Erwerbung dieser Sachkenntnis und Erfahrung möglich machen, damit die Demokratie in der deutschen Republik keine Unmöglichkeit, sondern der Geist des Volkes werde.
Die Herren Unabhängigen sind es, die diese

Diktatur des Proletariats

als die politische Notwendigkeit der nächsten Zeit anpreisen. Aber schon das Schlagwort an sich ist unrichtig. Welche Kreise des Proletariats lehnen diese Diktatur, wie jede andere ab, selbst Friedrich Adler, der radikale österreichische Führer, hat bei der Wiener Reichskonferenz nachgewiesen, daß an eine Diktatur des Proletariats nicht gedacht werden könne. Was die Unabhängigen wollen, wäre nicht einmal eine Klassenherrschaft, sondern die Zwangsherrschaft eines Teiles einer Klasse. Aber mit der übergebenen Mehrheit des Volkes lehnen wir jede Dik-

tatur als ein brutales, geistloses und ungewaltmähtiges Mittel auf Entscheidung ab.

Wenn sie den Beweis dafür haben wollen, so sehen Sie doch nach Russland, das genau, wie es einst in der zaristischen Sünden Mienenliebe das Vorbild unserer Reaktion gewesen ist, heute als das gelobte Land unserer Allradialisten gilt. Dort hat eine Diktatur von heute auf morgen „sozialisiert“, das heißt den Betrieb der Unternehmungen und direktoren in die Hand gegeben. Und was war die Folge? Schon seit Monaten sind Unternehmer und Direktoren wieder zurückgeholt worden, mit Rücksicht auf die alten Volkswirtschaften, genau so, wie die Offiziere des Jaren in die „rote Armee“ zurückgeholt worden sind, zumant der Kommandogewalt und der blinden Disziplin!

In diesem Zusammenhang ein Wort zu den wilden Streiks,

die seit Wochen rings um uns aufblühen, abflauen und plötzlich wieder losbrechen, und das in einem Augenblick, wo Nationalversammlung und Regierung mit der Zustimmung der großen Volksmehrheit ihr Wort für die Erfüllung des Friedensvertrages nach Kräften verpfändet haben. Die Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratie hat in einem Aufruf an das arbeitende Volk Deutschlands erklärt: „Der Wahnglaube, durch Putzche eine Umwälzung des sozialen und politischen Lebens herbeizuführen, ist ein für allemal abgetan.“ Wir wollen gern glauben, daß dies die Ansicht der offiziellen Parteileitung ist, und daß der Bassus mehr ist, als eine Salbung für den Fall, daß dennoch Putzche kommen. Angesichts der Haltung der sogenannten „revolutionären Obleute“, die in ihrer Mehrheit der Unabhängigen Sozialdemokratie angehören, ist der Zweifel zumindestens erlaubt, ob diese Ansicht der Parteileitung für die Gesamtpartei verbindlich ist. Aber der Satz klingt noch seltsamer, wenn man bedenkt, daß er geschrieben wurde, gerade zu einer Zeit, als sich zwig wiederholender Putzche! Denn was sind denn diese Streiks anders als unblutige Putzche, die der Mehrheit der Bevölkerung und gerade dem arbeitenden Volk durch ihre Störung der Nahrungsmittelversorgung mehr unblutige Wunden schlagen und mehr Schanden zufügen, als je ein Straßenkampf.

Der würde am allerletzten Abschlüsse schaffen, der nicht den berechtigten Kern in dieser Streikbewegung zu erkennen vermag. Auf der einen Seite Genußsucht und ägellese Verschwendung, ein Pfaffen dank einem sinnlos verteuerten Schleichhandel auf Kosten der Allgemeinheit, Kapitalflucht und Verhöhnung von Vermögenswerten. Auf der anderen Seite, trotz aller Erhöhungen immer noch Löhne, die kaum zum Bezug der rationierten, ganz gewiß aber nicht zur Bezahlung von unrationierten Lebensmitteln ausreichen. So stellt sich meilen Arbeitstreffen heute die Lage dar. Und nun greifen sie zu dem einzigen Mittel, das nicht bessert, sondern nur verschlimmern kann: zum Streik! Auf wessen Anraten? Wer hat zumindestens nicht abgeraten, nicht vor den Folgen gewarnt? Meine Damen und Herren, nicht nur einzelne Vorgänge berechtigen uns, von frevelhaftem Mißbrauch zu sprechen, den kommunistische und andere Drahtzieher mit den Arbeitern, mit ihren berechtigten Forderungen, mit all diesen wilden Streiks getrieben haben. Die akademische Anerkennung der Torheit der Putzche taktik nützt gar nichts. Hier sind ja Putzche, hier werden ja Putzche veranlaßt.

Was sich im neuen Deutschland am gründlichsten geändert hat, das sind die

Machtverhältnisse im Wirtschaftsleben.
Auf der einen Seite außerordentliche Entwertung des Kapitals, auf der andern außerordentliche Steigerung des

Die Umgestaltung des Einflusses auf den Wirtschaftsprozess...

Die Umgestaltung des Einflusses auf den Wirtschaftsprozess...

Arbeiter-Räte und Wirtschafts-Räte vorlegen, das den Arbeiter aus seiner bisherigen Stellung...

Während die Reichsregierung so generell das Machtverhältnis...

Stromerzeugungs-Anlagen (über 5000 Kilowatt), soweit sie nicht bereits kommunalisiert...

Braunkohlen-Erzeugung sozialisieren soll, hoffen wir binnen kurzem zur Vorlage reif zu machen.

Die Verfassung schafft die Reichs-Eisenbahnen. Die Sozialisierung...

Die Reichsregierung hat sich zur verfassungsmäßig und gesetzlich...

Die Reichsregierung hat sich zur verfassungsmäßig und gesetzlich...

Abbau der Reste der Kriegswirtschaft gehen; die Kriegsgesellschaften sind aus der Not der Blockade...

Abbau der Reste der Kriegswirtschaft gehen; die Kriegsgesellschaften...

richtungsgemäß sein: 1. Sozialisierung, soweit als möglich...

Der Schatten.

Roman von Elfe Stieler-Marschall.

Bestehende Formel für den Schutz des Inhalts in den Vereinigten Staaten...

(1. Fortsetzung.)

Fritz Lange stand neben dem Flügel, dessen friedvolle Gedanken...

Nun kochte der Mai; nun war ein Düften rings, ein Blühen und Glühen...

Ein weiterer Schritt auf dem Wege, die aus den Kriegsverhältnissen...

Notwendig natürlich und nicht zu entbehren ist bei all diesen...

Angeht die durch Vertrag und Selbsterhaltungstrieb begründeten...

Der Friedensvertrag ist entgegen dem nur dann durchführbar...

Meine Damen und Herren, der Vergleich mit dem Völkerverbund...

an dem beteiligt zu sein und den auszugestalten das höchste Ziel...

Wir sind einig im Glauben an die Unbegrenzbarkeit der Demokratie...

Nach dem Ministerpräsidenten ergreift

das Wort. Minister des Neuern Müller

Als das Staatswesen, das am weitestgehenden die Frauen als...

die Abrüstung dann werden, wenn sie allen Völkern gemeinsam auferlegt sein wird.

Die Seele unserer Jugend soll nicht durch Sabotage vergiftet werden...

Je mehr wir zeigen, daß es dem deutschen Volke mit dem Gedanken...

unerschütterlichen Friedenswillen überzeugen. Gegen die unfehlige Politik der Allianzen...

überzeugen. Gegen die unfehlige Politik der Allianzen arbeiten wir...

Brief gekommen, lockend und hold, der fragte nach ihm und wohin...

Aber Gertrud, die ihm vertraute? Aber die himmlische Liebe?

Als der Tag winkend schied, trieb alles Gute in ihm ihn doch ins Haus...

Da stand ein Trost in ihm auf.

„Wie schön so im Dämmerlicht zu spielen“, sagte Gertrud, als sie...

Sie schlug die Akorde an, Fritz setzte ein. Alles, was Gertrud...

„Sie selber weist mir den Weg“, dachte er. Und als er beim Spiel...

Seine Lächeln die gebogene Oberlippe saß von den Kleinen,

tung von Menschen und Gütern sich der Menschheit stellen. Wir haben...

Kein Volk hat in diesem Kriege verhältnismäßig so viel Opfer...

Redner berührt kurz den Vorfall Mannheimer und die französische Note...

Vom dem Geiste der Versöhnung, der die neue Zeit beherrschen...

zur Genehmigung vorlegte. Lloyd George sagte dort, der Friedensvertrag...

Das ist heute alles vergessen. (Der Minister spricht weiter.)

Neueste Nachrichten.

London, 22. Juli. Reuter meldet aus Washington: Gestern Abend...

Das Kabinett Clemenceau noch einmal geteilt.

Paris, 23. Juli. Reuter. Nach erregter Debatte über die Wirtschaftspolitik...

Der amerikanische Senat und Wilson.

Sch. Genf, 23. Juli. (Privat.) Wie der „Herald“ aus New York...

Die japanische Rezessvorlage angenommen.

Sch. Genf, 23. Juli. (Privat.) Die „Times“ meldet aus Tokio...

schimmernden Zähnen zurückhob, rätselhaft stimmende Augen...

Als der letzte Laut verklang, verschloß Fritz mit bebenden Händen...

Wohl war keine mühsam verdeckte Erregung Gertrud ausgefallen...

Die Nachtigall war in ihr Heimgebüsch eingeklehrt, seit einigen...

Ganz mußte bald kommen... dachte Gertrud... morgen vielleicht...

Frau, seine Frau soll er finden. Aufgewacht, nicht mehr in der...

Ganz mußte bald kommen, denn ich will gutmachen. Ihr war...

Selbstüberwindung und Opferbereitschaft, tiefstes Verstehen und...

In bräutlichem Warten lauschte Gertrud dem Stammeln der...

(Fortsetzung folgt.)

Dem badischen Landtag.

Aus den Verhandlungen des Haushaltsausschusses. Karlsruhe, 23. Juli. Der Haushaltsausschuss des badischen Landtags hat die Beratungen des V. Nachtrags zum Staatsvoranschlag zu Ende geführt. Bei dem Abschnitt „Staatsministerium“ wurde mitgeteilt, daß die Minister keine Dienstwohnungen innehaben, sondern Privatwohnungen mieten, in denen je ein Empfangszimmer mit Möbeln des Staates ausgestattet ist. In dem Abschnitt: „Ministerium für militärische Angelegenheiten“ wurden die neuen Beamtenstellen bewilligt. Von Regierungsseite wurde aber hierzu erklärt, daß das Ministerium abgedankt wird, da das badische Heer zu einer Reichswehr umgeformt wird und die militärischen Angelegenheiten auf das Reichswehrministerium übergehen. Die Reserveemittenten haben sich nach einer Mitteilung von Regierungsseite günstig entwickelt, doch sind noch zahlreiche Anmeldungen in allen Bezirken und aus allen Kreisen der Bevölkerung nötig. Auf dem Gebiete des Arbeitsministeriums erörterte der Haushaltsausschuss dann eingehend die Forderung von 2 Millionen Mark für eine Siedelungs- und Landbank. Der Arbeitsminister erklärte hierzu, der Entwurf eines Gesetzes über die Bergesellschaftung der großen Güter werde dem nächsten Landtag zugehen. Die Verhältnisse in Baden seien aber nicht sehr günstig. Es sollen deshalb ein genügend Siedlungsland zu gewinnen, noch 7000 Hektar Moor- und Oedland urbar gemacht werden, ferner sollen Abholungen stattfinden, auch sollen die Staatsdomänen und großen Standesherrschaften Land abtreten. Zur Unterstützung der hierdurch zu bildenden Siedelungen soll die Siedelungs- und Landbank dienen, die ihr Kapital nötigenfalls vergrößern kann.

Neue Interpellationen und Anfragen. Karlsruhe, 23. Juli. Dem gestern zusammengetretenen Landtag sind mehrere neue Anfragen und Interpellationen zugegangen. Hierunter befindet sich eine Interpellation mehrerer Zentrumsabgeordneter, die sich mit dem Auswärtigen Ministerium bezieht und die Frage der Kommunalisierung der Kinostadt betrifft. Mit dem gleichen Gegenstand bezieht sich eine Interpellation der Abg. Holdermann (Dem.) und Gen., in welcher auf eine Entschärfung der Strafen evtl. Spionage verwiesen wird, die eine härtere Zensur der Films wünscht. Weiterhin ist eine kurze Anfrage der Abg. Massa (Dem.) und Gen. eingegangen, des Inhalts, welche Schritte die Regierung getan habe, um eine sofortige Verteilung der großen Mengen Textilverwaltung und der Kriegsgesellschaftungen zu bewerkstelligen. Eine weitere kurze Anfrage des Abg. Massa (Dem.) wünscht Antwort, ob die Regierung bereit sei, zwecks Hebung der Reintier- und Gellügelzucht die Aufhebung der bisher bestehenden Beschlagnahme von Kadaverfleisch und Knochen mit sofortiger Wirkung zu veranlassen. Im bad. Landtag ist sodann weiter von Abgeordneten des Zentrums und der Deutschen Volkspartei eine Interpellation über das ungünstige zahlenmäßige Verhältnis von Professoren und Lehramtspraktikanten an den höheren Schulen eingegangen. So alle diese neuen Eingänge noch in dieser Sommertagung beantwortet werden können, erscheint fraglich, da die Arbeit, am Freitag, den 1. August mit den Sommerferien zu beginnen.

Zur Verhaftung der Mannheimer Beschlagnahmekommission. Karlsruhe, 23. Juli. Im bad. Landtag ist von den Abg. Müller (Dem.) und Gen. folgende kurze Anfrage eingebracht worden: „Die Regierung bekennt, daß vier Lebensmittellieferanten und Mitglieder der Beschlagnahmekommission in Mannheim in fortgesetztem gewerbsmäßigem Betrieb zur Ermöglichung des Brandweinschleichhandels in großem Umfange mit Beschlagnahmeausweisen des Kriegswirtschaftsministeriums in Automobilen in die Bühlergegend fahren, dort Wasser die mit unterrechtlich gesammeltem Branntwein gefüllt waren, mit mitgebrachten Beschlagnahmestampeln versehen, dann in den Automobilen nach Mannheim mitnehmen und hier mit einem der Freigabe der Wasser signifizierenden Stempel der Mannheimer Beschlagnahmekommission versehen und so zu rechtswidriger Weitergabe an Schleichhändler verfahren? Was gebietet die Regierung gegen eine solche unerhörte Beteiligung staatl. Kontrollorgane am Schleichhandel zu tun?“ Diese kurze Anfrage wurde der Regierung übergeben, die sie wohl in einer der nächsten Sitzungen beantworten dürfte.

Badische Chronik.

Karlsruhe, 23. Juli. Wie wir hören, wird der Bad. Frauenverein in der zweiten Hälfte des September hier seine Landesversammlung abhalten, die mit dem Geburtstag des 60jährigen Bestehens des Vereins verbunden wird. Schwetzingen, 23. Juli. In einer gestern stattgefundenen Versammlung der Schulnachemister des Bezirks Schwetzingen wurde die Errichtung einer Zwangsschule für den Bezirk Schwetzingen beschlossen. Wertheim, 23. Juli. Eine hier aus dem ganzen Bezirk sehr beachtliche Bauernversammlung erkannte in einer Entscheidung die bisher erfolgten Preiserhöhungen verschiedener Lebensmittel, Produkte dankbar an, gab aber zugleich der Erwartung Ausdruck, daß die Getreide- und Kartoffelpreise wesentlich erhöht und dadurch mit den außerordentlich gestiegenen Produktions- und Verzehrerpreisen der Landwirtschaft, sowie mit den Preisen der Industrie vereinigt und mit den Bedarfsartikeln bäuerlicher Familien in Einklang gebracht werden. Weiterhin forderte die Versammlung den schleunigen Abbau der Zwangswirtschaft und die raschste Beilegung aller Zwangsmaßnahmen. Pforzheim, 23. Juli. Für den Weiterbau der Murgalbahn von Rammelsbach bis zur Landesgrenze ist jetzt ein Eisenbahnbaubüro hier errichtet worden. Die Leitung wurde Herrn Bauinspektor W. H. Widinger von Karlsruhe übertragen. Für die murrainbergische Strecke, die von Rammelsbach bis dicht hinter Schönmünzach reicht, ist bereits eine Bahnanstation in Betrieb. Algersheim, 23. Juli. Am Montag morgen wurde sich der bei dem Bezirksamt beschäftigte Schreibgehilfe Wilhelm Schubert, welcher vorher mehrere Jahre in der Villa auf Patient untergebracht war, aus der Apotheke der Anstalt auf unrechtmäßige Weise Gift zu verschaffen und verübte sodann auf dem Bezirksamt Selbstmordversuch durch Vergiftung. Der junge Mann liegt in gefährlichem Zustand wieder in der Anstalt. Als mittags ein Anhaltsbeamter sich in die Wohnung des Schubert bei der Witwe Schmidt begeben wollte, war die Tür verschlossen. Nachdem die Tür gewaltsam geöffnet worden war, fand man Frau Schmidt leblos im Bett liegend. Wie die sofort herbeigerufene gerichtliche Kommission feststellen mußte, war Frau Schmidt erdrosselt worden und zur Zeit des Todes der Türe gegenüber lag. Es ist lt. „Bad. Nachr.“ danach anzunehmen, daß Schubert die bedauernswerte Frau nach vorausgegangenem Kampf ermüdet hat. Todtnau, 23. Juli. Während in den höheren Lagen die Heuernte eben erst beginnt, ist dieselbe hier selbst zu Ende. Die Ernte

dauerte infolge der Witterungseinflüsse rund 7 Wochen. Die Menge und Güte ist verschieden und befriedigt nicht überall. Der Dehndank ist teilweise ein sehr guter, namentlich wo das Gras erst spät zum Heuen gemäht wurde. Sehr schön stehen die Kartoffel, während die Bohnen durchgehends zu wünschen lassen. Todtnau, 23. Juli. Am Samstag brachte der letzte Zug eine Anzahl Ausflügler, welche sich nach dem Feldberg begaben. Wie üblich kauften dieselben auch Andenken vom Feldberg. Bei diesem Anlaß erwiderte die Gesellschaft eine Menge Glöden, Schnitzwaren, Federhalter usw. und verpackten sie in ihre Kuffen. Als die Diederer bemerkte wurde, waren die sauberen Ausflügler verschwunden. Für deren Empfang wurde nach Todtnau telephoniert, wobei die „Gäste“ von den Sicherheitsorganen in Empfang genommen wurden. Eine Unmenge von gestohlenen Sachen konnte aus den Taschen und Kuffen entnommen werden. Nachdem die Namen der Ausflügler, etwa 17 an der Zahl, aufgeschrieben waren, konnten sie ihres Weges ziehen. Die Andenken vom Feldberg werden einen teureren Belegschmuck bekommen und werden der Gesellschaft wohl lange in Erinnerung bleiben.

(1) Brack, 23. Juli. Die Eröffnung des bad. Bahnhofs Basel adert sich immer weiter hinaus. Wie jetzt bekannt wird, macht neuerdings die Schweiz Schwierigkeiten, indem sie verlangt, daß die deutsche Zollrevision nicht auf dem bad. Bahnhof in Basel vorgenommen wird, sondern in Weiskopfshöhe. Aus technischen Gründen erscheint die Durchführung dieser sehr zögerlichen Forderung unmöglich. Wie sich diese Angelegenheit weiter entwickelt, läßt sich augenblicklich nicht voraussagen. Konstanz, 23. Juli. In den Kriegsjahren 1914—1918 starben von 6. badischen Infanterieregiment Nr. 114 den Feldtode: 1 Major, 1 Hauptmann, 2 Mittelmeister, 2 Oberleutnants, 20 Leutnants, 1 Feldwebel-Leutnant, 1 Fähnrich, 2 Fahnenjunker, 2 Hauptleute der Reserve, 4 Oberleutnants der Reserve, 46 Leutnants der Reserve; außerdem bei anderen Truppenteilen: 2 Majore, 1 Hauptmann, 4 Leutnants und 2815 Unteroffiziere und Mannschaften. Major Fischer widmet den Gefallenen folgenden Nachruf: „Das ruhmvolle grüne Regiment ist nicht mehr, aber der Geist der Pflichttreue, des Opfermutes und der Vaterlandsliebe, der alle befehlte, die in seinen Reihen dienten, kämpften und starben, wird weiterleben. — Unsere tapferen Toten fielen treu ihrem Eide im Glauben an Deutschlands Sieg und herrliche Zukunft. Dieser Glaube ist ihr Vermächtnis an die Überlebenden. Er soll nicht zu Schanden werden trotz Zusammenbruch und Schmach. Das walte Gott!“

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 23. Juli. Die Senkung der Preise für Auslandslebensmittel. Dem Bürgerausschuß ist seitens des Stadtrats eine Vorlage zugegangen, in der vorbehaltlich mündlicher Begründung beantragt wird, der Bürgerausschuß solle seine Zustimmung erteilen, daß der Aufwand der Stadtgemeinde für die Verbilligung der ausländischen Lebensmittel für 3 Monate mit höchstens 1,5 Millionen Mark aus Anleihenmitteln bestritten wird.

Freier Handel der Salzheringe. Vom 1. August ds. Js. an wird die Reichsfischereiordnung G. m. b. H. die von ihr eingeführten Salzheringe durch den freien Handel abgeben. Von diesem Tage ab werden Salzheringe nicht, wie bisher, den Bezirkszentralen zur Weiterverteilung geliefert, sondern feldens der einführenden Zentralfstelle durch Vermittlung der Importeure dem Großhandel auf Bestellung übergeben, bez in der Lage ist, die Ware unter Preisbindung frei innerhalb Deutschlands abzugeben.

Die angelegte „Reise des Prinzen Max in die Schweiz“. Von amtlicher Seite wird uns geschrieben: „Einer durch die Presse gehenden Meldung nach soll Prinz Max mit Familie von Salem aus nach der Schweiz abgereist sein. Die Mitteilung hierüber soll ihre Bestätigung im Ministerium des Innern gefunden haben. Jede der beiden Behauptungen ist falsch. Richtig ist, daß vor etwa zwei Wochen in Konstanz das Gerücht verbreitet wurde, Prinz Max sei mit Familie an einer für den allgemeinen Verkehr nicht zugänglichen Stelle des Bodensees mittels eines kaatlichen Motorboots nach der Schweiz abgereist. Dazu ist zu sagen: Prinz Max hat Salem bis zur Stunde nicht verlassen, dagegen ist die Familie des Prinzen auf einige Tage in die Schweiz gereist gewesen. Diese Reise hatte durch aus prägnanten Charakter und war nach absolut zuverlässiger Meldung lediglich einer familiären Fürsorge entsprungen. Die Reise fand allerdings im Zusammenhang mit einem anderen in jenen Tagen verbreiteten Gerücht über entsetzliche lokale Unruhen in der Bodenseeregion. Das Mißverständnis, dem ein Konstanzener Blatt verfiel, als es auf ein Begleiterschreiben des Ministers des Innern zu einem an einen Konstanzener Abgeordneten zurückgehenden Beschwerdebrief Bezug nahm, mag darauf zurückzuführen sein, daß es die „Betreff“-Anführung jenes Schreibens mißverstanden. In einer mit fraglichem Abgeordneten vor Zurücksendung des Briefes geführten persönlichen Unterredung war, wie in dem Schreiben die Tatsache, daß lediglich die Familie des Prinzen Max vertriebt war, ausdrücklich hervorgehoben worden. Gleiche Erklärung war damals von dem Minister aus dem von ihm nachfolgenden Pressevertreter gegeben worden. (Wir waren gestern bereits in der Lage, die von Konstanz ausgehende Falschmeldung auf Grund uns zugegangener zuverlässiger Nachrichten zu berichtigen. Was vorstehend gesagt ist, bildet somit nur eine Ergänzung unserer gestrigen Mitteilung, der wir ihres amtlichen Charakters wegen gerne Raum geben. — R. d.)

Ein Kompagniefest beim Badischen-Freiwilligen-Regiment v. Bammbach-Stenßky-Hilf. Vom Schießplatz Thorn wird uns geschrieben: „Am Sonnabend, den 5. Juli ds. Js., vereinigte ein Fest die 6. Kompagnie des Bad. Freiw. Regts. (früher Oberleutnant Graf) im großen Saal des Restaurants „Hohenzollern-Park“ in Thorn-Schießplatz. Unter den Klängen eines Marsches, gespielt durch die Regimentskapelle, bezog sich alles zum Festsaal. Die Darbietungen des reichen Programms übertrafen alle Erwartungen. Seitere Theaterstücke und Vorträge, bei denen sich besonders Gefe. Föfel aus Unterwiesheim herortrat, wuchsen in rascher Folge mit den artistisch vollendeten Jongleuren und Akrobatentunskünsten des Unteroffiziers Meier aus Mannheim. Mehrere unter der Leitung des Regimentswebels Waas aus Dellingen zur Darstellung gebrachte Pyramiden der Turnerguppe der Kompagnie konnten als Glanzleistung gelten. Ebenso fanden die 4-stimmigen Chorlieder der von Oberleutnant Graf geleiteten Gesangsabteilung großen Beifall. Der Regiments-Kommandeur Oberst v. Bammbach und viele andere Offiziere des Regiments waren ebenfalls erschienen, um an dem schönen Fest der beliebten 6. Kompagnie teilzunehmen. Sehr zahlreich war unter den Gästen die langjährige Damenwelt von Thorn vertreten, die durch ihre Anwesenheit besonders zur Verschönerung des Festes beitrug. Getragen von dem kameradschaftlichen Geist der zwischen Führer und Mannschaften herrschte, nahm das Fest einen sehr guten Verlauf. Man hatte einmal für einige Stunden die schweren Gedanken des Alltags beiseite gelegt, um in harmloser Fröhlichkeit mit den Kameraden im Dillen Gesellschaft zu sitzen und ihnen durch treue Kameradschaft eine Sympathie und Anhänglichkeit zu beweisen, die auch bestehen

bleiben soll, wenn das heilige Regiment einer höheren Macht als feindlicher Bedrohung weisend das Land und die Nacht an der Ostgrenze verlassen muß.“

(Konjert zu Gunsten der Karlsruher Ferienkolonien. Das Stadtkonzert des Musikvereins Harmonie und des Männergesangsvereins Concordia zu Gunsten der Karlsruher Ferienkolonien, das am vorigen Mittwoch wegen schlechter Witterung nicht abgehalten werden konnte, findet nun bestimmt heute, Mittwoch, den 23. Juli, bei gutem Wetter im Stadtpark, andernfalls im großen Saal der Festhalle statt, wobei dann noch Konzertfängerin Fräulein Kummel mitwirken wird. Da das Konzert einen besonderen Genuß verspricht und in Hinblick des edlen Zweckes, wird auf dasselbe nochmals ganz besonders hingewiesen.

Das Recht auf Wohnung.

Karlsruhe, 23. Juli. Ueber das aktuelle Thema „Das Recht auf Wohnung“ sprach Dienstag Abend Regierungsrat Dr. Kampffmeyer im großen Festhallsaal hier. Leider hatten sich hierzu nur wenige Personen eingefunden, trotzdem auch wir in dieser Stadt mit einer empfindlichen Wohnungsnot zu rechnen haben. Der Referent kennzeichnete das Wohnungselend nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem flachen Lande als eine Folge des Krieges. Heute wohne man in früher polstereich reibotenen Räumen eng zusammengedrängt. Mit großen Besorgnissen sehen wir dem Winter entgegen, zumal zur Wohnungsnot noch die Brennstoffnot komme. Das Gebot der Stunde sei die Schaffung neuer Wohnungen; doch falle sofort wieder die außerordentliche Verteuerung des Bauens ins Gewicht. Was man früher mit 6000 Mark erstellen konnte, koste heute 30 000 Mark. Die Erhöhung der Selbstkosten führten natürlich auch eine beträchtliche Steigerung der Mieten herbei, die freilich in vielen Fällen weit über das Maß hinausgehen. Um der Wohnungsnot zu steuern, habe das Reich bereits vor der Revolution 1/2 Milliarde bewilligt, wovon auf Baden 22 Millionen entfielen. Daß dieser Betrag nicht ausreicht, werde klar, wenn man bedenke, daß in unserem Lande allein 12 000 neue Wohnungen — diese Zahl sei nicht zu hoch gegriffen — nötig sind, die einen Aufwand von mindestens 240 Millionen erfordern würden. Auf dem Wege der Bankrottzuschüsse sei also kaum etwas zur Vinderung oder Beseitigung der Wohnungsnot zu erreichen.

Eine Lösung des Problems werde in dem Heimstättengesetz zu sehen sein, dessen Grundzüge vom Referenten ausführlich erläutert und begründet wurden. Es handle sich in der Hauptsache darum, einen Mietsausgleich zwischen den Wohnungen, die billig erstellt werden konnten, und den alten teuer erstellten Wohnungen zu schaffen, das Wohnungswesen auf genossenschaftliche Grundlage (Selbstverwaltung) zu stellen und das Recht jedes Bürgers auf eine der Wohnungsordnung entsprechende Wohnung gesetzlich festzulegen. Referent legt dar, daß sich das Gesetz keineswegs gegen die Hausbesitzer richte, daß eine gewisse Uebergangszeit erforderlich sei und endlich, daß man jetzt vielleicht die letzte Möglichkeit habe die deutschen Wohnungsverhältnisse endgültig zu bessern. Der Entwurf enthalte ein Stück Sozialismus; denn kein Gebiet eigne sich so sehr für die Sozialisierung, als gerade die Wohnungsfrage. Daß in dieser Sache etwas getan werden muß, darüber seien sich alle Parteien einig, von der Deutsch-Nationalen bis zu den Unabhängigen. Was gestern noch Utopie war, kann heute zur Tatsache und morgen zur Selbstverständlichkeit werden, was zum Beispiel die Gartenstadtbewegung bewies. Referent schloß mit der Aufforderung, dem Werbeauschuß beizutreten, um den Gedanken eines Heimstättengesetzes zur Verwirklichung zu bringen. (Lebhafter Beifall).

Dem Vortrag folgte eine längere Aussprache. U. a. sagte Gauweiler Fischer, daß in der Wohnungsfrage die Volksgemeinschaft bestehen muß und kapitalistische Interessen in den Hintergrund treten müßten. Das Trübsagen der Bauindustrie habe nicht allein Tausende von Arbeitslosen zur Folge, sondern schädige Gesundheit und Familienglück, indem menschenwürdige Wohnungen fehlen. Nur wenn solche erstellt werden, können Arbeitskraft und Arbeitsfreude, die Deutschland so notwendig braucht, wiederkehren.

Stadtparrer Hellebäcker führte u. a. aus: Wir müssen Mittel zur Geländung suchen, damit wir uns wieder als Volk unter Wölfen bewegen können. Man darf ruhig sagen, daß unsere größte Not die Wohnungsnot ist. Diese zu beseitigen ist unsere Pflicht, damit Tausende von Menschen wieder zum Leben kommen, d. h. daß sie bei Licht und Luft atmen können und nicht in Höhlen zu leben brauchen. Wollen wir ein gesundes frohes Volk heranzüchten, dann bedarf es dringend einer durchgreifenden Aenderung in der Wohnungsfrage. Die soziale Frage kann nur aus der Wohnungsfrage heraus gelöst werden. Es wäre zu begrüßen, wenn der im Heimstättengesetz enthaltene große Gedanke durch eifrige Fortsetzung aller Kräfte bald in die Tat umgesetzt werden würde. Jetzt gilt der Einzelne nichts mehr, der sich handelt es sich ums Ganze. Ein Verbrecher an seinem Bolle ist der, der sich jetzt noch von seinen Privatinteressen leiten läßt. (Starker Beifall).

Ein Vertreter des Beamtenrats, sowie Stadtvorordner Schneider und andere Sprecher der Arbeiterkassen unterstützten lebhaft den Entwurf. Auf dem Gebiete der Wohnungsfrage komme man mit Halbheiten nicht weit. Aus der Mitte der Versammlung wurde aber auch betont, daß für den Augenblick die raschste Schaffung von Notwohnungen dringend erforderlich sei. Ein sozialdemokratischer Redner betonte, daß es darum keine Ruhe gäbe, weil die Bestehenden nicht ihre Pflicht gegenüber den Anheimstellten erfüllen.

Eine Entschliessung dahingehend, daß unser gesamtes Wohnungs- und Siedelungswesen nach Ansicht der Versammlung umgestaltet und auf eine neue Grundlage, wie sie im Heimstättengesetz vorgesehen ist, gestellt werden muß, und die der Hoffnung Ausdruck gibt, daß bald ein derartiges Gesetz geschaffen wird, findet einstimmige Annahme.

In seinem Schlusswort appellierte Regierungsrat Dr. Kampffmeyer nochmals an die tatkräftige Unterstützung aller Schichten der Bevölkerung. Wenn die große Masse des Volkes in dieser Frage einig geht, so werde dies für die Parlamente den besten Rückhalt bieten.

Handel und Verkehr.

Durlach, 22. Juli. Der Schweinemarkt war besahren mit 80 Läuferfischweinen und 389 Ferkelschweinen. Verkauft wurden 90 Läuferfischweine und 289 Ferkelschweine. Das Paar Läuferfischweine kostete 350—500 Mark; das Paar Ferkelschweine 80—240 Mark. Konstanz, 22. Juli. Hier ist lt. „Neu. Bad. Anz.“ ein neues Bankinstitut entstanden und unter der Firma „Dörzgeinische Bankanstalt“ ins Handelsregister eingetragen worden. Das Aktienkapital beträgt vorerst eine Million Mark. Sämtliche Aktien wurden von den Gründern übernommen. Zu diesen gehören neben einigen angesehenen Konstanzern Persönlichkeiten bedeutende auswärtige Vertreter der Großindustrie. Als Bankhaus ist das bisherige Hotel „Deutsches Haus“ erworben worden, das unter vollständiger Wahrung der Eigenart des Bauwerks umgebaut werden wird. Die Eröffnung des Kassenerverkehrs wird voraussichtlich Mitte August erfolgen.

Wildunger Helenenquelle bei Nierenleiden, Harnsäure, Zucker, Eiweiss. Echtes Wildunger Salz existiert nicht. Man meide im eigenen Interesse die wertlosen Nachahmungen. Fürstliche Wildunger Mineralquellen, A.-G., Bad Wildungen — Schriften kostenfrei. 1918 Besuch: 11508. 1918: Flaschenversand 1570822. Hauptniederlage: Abt. Bahm & Bessler, Karlsruhe u. Freiburg i. B.

